

Anlagenkonvolut

zum Kurzprotokoll der 45. Sitzung
des Ausschusses für Kultur und
Medien am 18. Oktober 2023



Ausschussdrucksache 20(22)102 neu

17. Oktober 2023

**Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und
deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“
BT-Drucksache 20/1845

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

20. Wahlperiode

Entschließungsantrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung

„Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“

- Drucksache 20/1845 -

Der Bundestag wolle beschließen:

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 20/1845 – folgende Entschließung anzunehmen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kriege bedeuten für die Zivilbevölkerung Leid und Entbehrung. Das Ende der Kampfhandlungen bringt nicht zwangsläufig Frieden und Sicherheit zurück. Siegt der Aggressor beginnt für die Bevölkerung weiteres Leid durch die Besatzungsherrschaft.

Die Besatzungsherrschaft des nationalsozialistischen Deutschen Reichs brachte zwischen 1939 und 1945 Tod, Leid, Entrechtung und Zerstörung über die Bevölkerungen weiter Teile Europas. Zum Zeitpunkt der größten Machtausdehnung des nationalsozialistischen Regimes in der zweiten Jahreshälfte 1942 lebten insgesamt 230 Millionen Menschen unter der deutschen Besatzung. Von den etwa 40 Millionen Menschen, die dem Zweiten Weltkrieg in Europa zum Opfer fielen, waren mehr als die Hälfte zivile Opfer. Zu den zentralen Gewalterfahrungen unter deutscher Besatzung gehörten Mord und Genozid, sexualisierte Gewalt, medizinische Experimente an Menschen, Zwangsarbeit, Raub und Plünderung, Zerstörung von Wohnstätten, Kulturgütern und Infrastruktur, Lagerhaft und Hunger, Ausbürgerung und die damit verbundene Staatenlosigkeit.

Die NS-Rassenideologie führte zu unterschiedlichen individuellen und kollektiven Leiderfahrungen in verschiedenen Teilen des besetzten Kontinents, gerade zwischen Nord- und Westeuropa einerseits und Ost- und Südosteuropa andererseits. Aber auch innerhalb der besetzten Gesellschaften gab es Unterschiede. Alltäglicher Erniedrigung und Bedrohung waren die Zivilbevölkerungen in ihrer Gesamtheit ausgesetzt, auch die Menschen, die nicht direkt Opfer eines Verbrechens wurden. Gewalt bis hin zu Mord betraf insbesondere bestimmte Opfergruppen, vor allem Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene, Zeugen Jehovas, Opfer von „Euthanasie“-Verbrechen und Zwangssterilisation, als sog. Asoziale und sog. Berufsverbrecher Diffamierte oder die aufgrund ihrer sexuellen Ori-

entierung oder geschlechtlichen Identität Verfolgten. Zur besonderen Würdigung dieser Opfergruppen gibt es in Deutschland viele Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Das neu zu schaffende Dokumentationszentrum soll dazu auch den Fokus auf bisher weniger beachtete Opfergruppen und das große Leid der Zivilbevölkerung in ganz Europa richten.

Es liegt in der fortdauernden und ungebrochenen historischen Verantwortung Deutschlands, den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzungsherrschaft über weite Teile des Kontinents umfassend aufzuarbeiten und dauerhaft würdevoll an die Opfer zu erinnern.

Mit Beschluss vom 9. Oktober 2020 (Drucksache 19/23126) beauftragte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung mit den Planungen zu einem neuen Zentrum in Berlin, das die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa während des Zweiten Weltkriegs dokumentieren, Wissen über die historischen Ereignisse vermitteln und dem Gedenken an die Opfer Raum geben soll. Das Deutsche Historische Museum legte am 22. Dezember 2021 einen Realisierungsvorschlag vor, der nach Befassung durch die Bundesregierung am 10. Mai 2022 dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorgelegt wurde. Auf dieser Grundlage führte der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages im November 2022 eine öffentliche Anhörung mit Sachverständigen durch.

Die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Besatzungsherrschaft während des Zweiten Weltkriegs ist, trotz bestehender Forschungslücken, fortgeschritten. Innerhalb der Bevölkerung, gerade in Deutschland, gibt es jedoch vielfach Unkenntnis hinsichtlich der Besatzung der europäischen Nachbarländer durch das nationalsozialistische Deutschland und der langanhaltenden Folgen für diese Länder und ihre Bevölkerungen.

Während in Deutschland in der kollektiven Erinnerung der „Krieg“ im Vordergrund steht, bleibt in vielen europäischen Ländern vorrangig die Besatzung im kollektiven Gedächtnis. In der deutlichen Mehrzahl der Länder sind mehr Menschen Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft geworden als Soldaten im Krieg gegen das Deutsche Reich fielen.

Mit der Errichtung des Dokumentationszentrums Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa (ZWBE) soll im Zentrum Berlins ein Ort geschaffen werden, der den Krieg, die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft und die bis heute nachwirkenden Erfahrungen in den besetzten Ländern umfassend und thematisch gegliedert mit Ausstellungen und einer Sammlung dokumentiert, die historische Wissensvermittlung in die Breite der Bevölkerung vorantreibt, Wissenslücken durch Forschung schließt und angemessenen Raum für das Gedenken an die Opfer bietet.

Dabei soll eine gesamteuropäische Perspektive eingenommen werden, die Vermittlungs- und Bildungsarbeit, Wissenschaft, Opfervertretungen und zivilgesellschaftliche Initiativen aus dem Ausland eng und dauerhaft einbindet und damit vielfältige Möglichkeiten zum europäischen Dialog schafft. Dazu gehören der kontinuierliche Austausch und die intensive wissenschaftliche Kooperation mit nationalen, europäischen und internationalen Forschungseinrichtungen, Archiven, Museen und Gedenkstätten sowie ein Fellowship-Programm, das gezielt Forschende aus dem Ausland mit Stipendien nach Berlin bringt, Outreach-Programme sowie das Forum Europäische Erinnerung unter konsequenter Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit.

Für die besonders sensible Aufbauphase des Dokumentationszentrums braucht es Stabilität und Verlässlichkeit durch Planungs- und Rechtssicherheit. Dazu soll die zu errichtende Bundesstiftung „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ zunächst unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum angesiedelt und anschließend in die Selbständigkeit überführt werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. den vom Deutschen Historischen Museum erarbeiteten und von der Bundesregierung vorgelegten Realisierungsvorschlag für das Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE);
2. die in der Erarbeitungsphase geleistete Einbindung von Opfervertretungen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, der internationalen Fachwissenschaft und von Gedenkstätten im In- und Ausland sowie die in Aussicht gestellte kontinuierliche Fortführung des begonnenen Austausches;
3. die europäische Dimension des Konzepts, welche durch Vermittlungsarbeit, Outreach-Programme und Forschung über nationale Grenzen hinweg Dialogmöglichkeiten zwischen Opfervertretungen, Wissenschaft und der europäischen Zivilgesellschaft schafft.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. den Realisierungsvorschlag des DHM unter Berücksichtigung der öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. November 2022 umfassend und zügig umzusetzen;
2. bei der Umsetzung des Realisierungsvorschlages insbesondere sicherzustellen, dass
 - a. die Erfahrungen und das Leid der Opfer der grausamen NS-Besatzungspolitik umfassend dokumentiert werden;
 - b. den Opfern und ihren Nachkommen ein Ort und angemessenen Raum für Erinnerung und Gedenken gegeben wird;
 - c. regionalen und nationalen Unterschieden in den Herrschafts- und Besatzungsstrukturen ausreichend Rechnung getragen wird;
 - d. bislang weniger beachtete Opfergruppen, auch unter Frauen und Kindern explizit betrachtet und von systematisch ausgeübter sexualisierter Gewalt betroffene Opfer angemessen berücksichtigt werden;
 - e. bei der Darstellung der Besatzungsherrschaft die jüdische Perspektive einbezogen wird;
 - f. die Unterstützung wesentlicher Teile der damaligen deutschen Gesellschaft für die Kriegsziele und das wirtschaftliche Profitieren an der Ausbeutung der besetzten Gebiete, die Rolle von Wehrmacht, Reichsministerien und deutschen Wirtschaftsorganisationen beleuchtet und dabei der Widerstand gegen die deutsche Besatzungsherrschaft als auch Angebote und Zwang zu deren Unterstützung einbezogen werden;
 - g. der Wissensvermittlung, auch mit neuen didaktischen Wegen, große Aufmerksamkeit geschenkt wird und das lokal verortete Dokumentationszentrum durch nicht ortsgebundene Vermittlungsmöglichkeiten wie Wanderausstellungen und Bildungsprogramme für Gedenkstätten, Schulen, Berufs-, Hoch-, und Volkshochschulen sowie weitere Bildungsträger ergänzt wird;
 - h. die enge Kooperation mit und aussagekräftige Verweise auf die bestehenden Gedenk-, Erinnerungs-, und Informationsorte zum Nationalsozialismus zu Teilen der Dokumentation und Bildungsarbeit werden und Doppelstrukturen verhindert werden;
3. als Träger die unselbstständige Bundesstiftung „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ durch Bundesgesetz unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum bis zur Überführung

in die Selbstständigkeit zu errichten. Bereits in der Konzeptionierungs- und Errichtungsphase soll für die unselbstständige Bundesstiftung ein begleitendes Kuratorium eingerichtet werden, um bei der späteren Überführung in die Selbstständigkeit Kontinuität zu gewährleisten;

4. ein geeignetes Grundstück im Zentrum Berlins zu finden und für die Errichtung zur Verfügung zu stellen;
5. die unselbstständige Stiftung „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ finanziell und personell so auszustatten, dass dies die Errichtung des Dokumentationszentrums ermöglicht und es dauerhaft zur Erarbeitung und Durchführung einer ständigen Ausstellung sowie von Wechselausstellungen, von Bildung- und Vermittlungsarbeit sowie von Forschungs- und Sammlungstätigkeit befähigt. Hierbei ist bei der finanziellen Ausstattung insbesondere darauf zu achten,
 - a. dass die für die Umsetzung notwendigen Sach- und Personalmittel rechtzeitig bereitgestellt werden.
 - b. bereits während der Umsetzungsphase ein internationales Fellowship-Programm zu hinterlegen, das die internationale Perspektive bei der Konzeption des ZWBE stärkt.

Berlin, den 17. Oktober 2023